

CDU-Fraktion

Drensteinfurt



www.cdu-drensteinfurt.de

Heinrich Töns
(**CDU-Fraktionsvorsitzender**)
(**im Rat der Stadt Drensteinfurt**)

Wagenfeldstraße 35
48317 **Drensteinfurt** 1
Tel. 0 25 08 / 2 02
handy 0175 7988132
Fax 0 25 08 / 99 77 07

Sparkasse Münsterland Ost BIC WELADED1MST
DE54 4005 0150 0040 0119 75

heinrich.toens@t-online.de
fraktion@cdu-drensteinfurt.de
heinrich.toens@gmail.com

Haushaltsrede 2016

zur Haushaltssatzung und dem
7. NKF Haushaltsplan 2016
Teilpläne mit den Produktbereichen 1 – 17
Ergebnisplan - Finanzplan
und den Investitionen der Folgejahre
2017 – 2019
inklusive der Finanzplanung
2017 – 2019

Sperrfrist: Montag, 22. Februar 2016
Redebeginn TOP 8 Etatberatungen,
Ratssitzung am 22. Februar 2016 ca. 18.¹⁵ Uhr
Es gilt das gesprochene Wort
Redezeit: circa 15 Minuten

Haushaltsrede

2016

CDU-Fraktion
im Rat der
Stadt Drensteinfurt

Redezeit: circa 15 Minuten

„Wenn man nicht weiß, was man noch hat, kann man kaum wissen, was man ändern muss!“ Es gilt also, ganz nüchtern Bilanz zu ziehen, in wie weit unsere Ziele noch die Ansprüche erfüllen, die wir, die **CDU-Fraktion**, uns gesetzt haben.

Sehr geehrter Bürgermeister Carsten Grawunder, sehr geehrter Kämmerer Ingo Herbst, verehrte Kolleginnen und Kollegen im Rat der Stadt Drensteinfurt, meine Damen und Herren!

Fünf folgende Grundsätze einer christlich demokratischen Kommunalpolitik in Drensteinfurt sind essentielle Bestandteile unserer Wahlprogramme und sind weiter unser Ziel.

- 1.) Wir wollen einen solide ausgeglichenen Haushalt mit möglichst geringen Kreditschulden und ohne Kapitalverlust!
- 2.) Wir wollen eine ausgewogene und nachhaltige Infrastruktur für alle Bürgerinnen und Bürger!
- 3.) Wir wollen eine behutsam wachsende Stadt mit Wohnbaumöglichkeiten und Industrieerweiterung!
- 4.) Wir wollen dezentrale und menschenwürdige Wohnungen für die zu uns gelangten Flüchtlinge!
- 5.) Wir wollen unseren Part zur vernünftigen Energiewende mit Photovoltaik- und verträglichen Windkraftanlagen in Drensteinfurt fortsetzen; aber wir wollen keine Förderung der unkonventionellen Gasvorkommen unter uns ob mit oder ohne Fracking!

Wenn man ehrlich ist, muss man bekennen, dass keine dieser 5 Grundsätze dieser unserer Ziele, augenblicklich erfüllt werden oder werden können.

- 1.) Unser Haushalt ist auf Jahre hinaus nicht ausgeglichen; allein 2016 fehlen uns trotz aller Beratungen, Streichungen, Verschiebungen und Einsparungen über 2,7 Mio. €.

- 2.) Unsere mühsam aufgebaute Infrastruktur in all den Jahren zuvor ist in wesentlichen Teilen – Jugendheime, Sporthallen – durch Fremdnutzung nicht mehr verfügbar.
- 3.) Wohnbaugrundstücke können von der **Stadt Drensteinfurt** nicht angeboten werden, 60 potentielle Häuslebauer stehen auf der Warteliste. Industriegelände zur Firmenansiedlung ist zur Zeit nicht vorhanden.
- 4.) 130 Flüchtlinge sind in Drensteinfurt, Rinkerode und Walstedde in Provisorien eben nicht menschenwürdig und schon lange nicht mehr dezentral untergebracht. Integration ist nur bedingt möglich. Wären nicht die vielen ehrenamtlichen Helfer Tag und Nacht zur Stelle, müssten wir in Drensteinfurt ebenfalls sagen: „*So geht es nicht!*“
- 5.) Bei der Windkraft taucht die Bezirksregierung im Flugsicherheitsfeuer unter, wir treten seit mehr als 2 Jahren auf der Stelle und die Inakzeptanz bei Bewohnern im Außenbereich steigt und steigt, weil Abstandsflächen nur noch halb so groß sind. Andererseits verzweifeln potentielle Investoren an den fehlenden oder verlässlichen Rahmenbedingungen.

Dafür hat Hamm-Gas die Genehmigung zu Probebohrungen wenige Meter außerhalb unserer Stadtgrenze erhalten und schert sich ein Dreck um Umwelt, Trink- und Grundwasser, um Gesundheitsgefahren. Ich kapiere nicht, warum diese Maßnahmen nicht in den sachlichen Teilplan Energie des Regionalplanes gehören. Ich habe wenig Verständnis für die politisch Verantwortlichen in Berlin, die ein uraltes Bergrecht nicht ändern wollen.

Es scheint so, dass nicht mehr das `Capitol` bestimmt, sondern sich das Kapital in Form von milliardenschweren Magnaten mit ihren Forderungen durchsetzt nach der Devise:

„*Geldwäsche zur Gehirnwäsche*“. Die **BIGG** sagt: „*Angesichts des aktuellen Wettlaufs um die Erdgas-Claims ist es völlig unverständlich, dass sich die Landesregierung der Verantwortung für den ländlichen Raum entzieht!*“

Ich sage, es ist ein Unding, dass im `sachlichen Teilplan Energie des Regionalplanes` die Förderung von unkonventionellen Gasvorkommen in unserer münsterländischen Parklandschaft einfach ausgeschlossen wird. So hat gemäß der Caesar-Devise `divide et impera` **Drensteinfurt** nicht einmal mehr Mitspracherecht als betroffene Kommune.

Das ist die ungeschminkte Bilanz zur Lage in und um Drensteinfurt! „*Was tun, sprach Zeus?*“

Nun - hier ist realistische, vorausschauende und mutige Kommunalpolitik

gefordert. Mit diesem Ansatz, **Herr Bürgermeister**, ist die **CDU-Fraktion** in die fast 4-monatige Etatberatung 2015/2016 gegangen. Am 09. Januar in einer Klausurtagung und weiteren **CDU-Fraktion**sitzungen haben wir Änderungen beschlossen, wie die politische Richtung künftig wieder sein sollte. Wir haben diese als Anträge in die Fachausschusssitzungen eingebracht. Letztlich wurden alle mit großen Mehrheiten oder einstimmig angenommen. Es waren dies:

- 1.) Für die Errichtung des Betriebsgebäudes für den Bauhof Drensteinfurt ermächtigen wir die **Stadt Drensteinfurt** mit weiteren 600.000 € aus 2017, um die Planung und den Bau in einem Guss schon 2016 zu bewerkstelligen. Herr Werner Rohde hat uns aufgezeigt, wie wichtig die sofortige Zusammenlegung der drei Standorte ist, und welche unnützen Zeitverschwendungen und finanziellen Ausgaben damit zukünftig entfallen – weit über 50.000 € Jahr für Jahr, rechnete er uns vor.
- 2.) Der barrierefreie Umbau des Rathauses wird auf realistische 350.000 € festgesetzt. In 2016 die gesamte Planung und erste Umbaumaßnahmen im Eingangsbereich für 50.000 €, jeweils 150.000 € für die Umsetzung in 2017 + 2018
- 3.) Für unsere katholische-Lambertus-Inklusions-Grundschule **Walstedde** muss die notwendig werdende Barrierefreiheit für Schulkinder in Rollstühlen oder mit anderen motorischen Behinderungen gesichert werden und jeder Zeit umsetzbar sein, und sei es mit einem Nachtragshaushalt – darum Planungskosten 30.000 € in 2016 im Finanzplan.
- 4.) Kostendisziplin für die Bürgerradwege Ameke-Walstedde-Ahlen – hier teils Verschiebung auf 2017/18 und Drensteinfurt-Albersloh – hier der Lückenschluss 2016; insgesamt Einsparung in 2016 von 200.000 €. Jeder Wunsch soll ja erfüllt werden, aber nicht jeder Wunsch sofort.
- 5.) Einsparungen beim Mülltonnenhaus Alte Post – keine goldenen Türklinken - und Kündigung der Teilnahme am European Energy Award zu 2018 – zweimal Silber ist Glanz genug.
- 6.) Mittelbereitstellung von netto 15.000 € für eine automatische Bewässerungsanlage für den Rasenplatz Sportpark **Rinkerode** unter Beteiligung von SV Rinkerode – notwendig um größeren Schaden in den trockenen Jahreszeiten zu vermeiden. Geringe Einsparungen nur, aber Kleinvieh macht auch Mist.
- 7.) Bereitstellung von 1.700 € für Honorarkräfte für zusätzliche und freiwillige Integrationskurse „Unterrichtung über Alltag, Kultur und Regeln im Gastland“.
- 8.) Antrag Investitionsmaßnahme im Produkt 01-10 Bodenmanagement für

zukünftige Wohnbauentwicklung – hier: Verpflichtungsermächtigung von 1,1 Mio. € aus 2017 nach 2016 für Kauf von Grundstücken für neue Baugebiete im Sinne einer vernünftige Bodenbevorratungspolitik, wobei die Betonung auf „*Verpflichtung*“ liegt. Gleichzeitig haben wir den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne, den Ansatz Grundstückserwerb Industriegebiet zu halbieren, abgelehnt. Allein dieser Antrag und diese Entscheidung haben mehrere richtungsweisende Effekte und sind eminent wichtig:

- a.) **Drensteinfurt** wird dadurch in absehbarer Zeit wieder eine wachsende Stadt durch ein attraktives Wohnbaugebiet nicht nur für Drensteinfurter Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für junge Familien, die in **Drensteinfurt** bauen, wohnen und sich wohlfühlen wollen.
- b.) Wir bekommen die Chance, Grundstücke auszuweisen für den Bau von sozialen Wohnungs- und Mehrfamilienwohnraum.
- c.) Wir haben es in eigener Hand, Grundstücke auszuweisen, auf denen „*Stein für Stein*“ in konventioneller Bauweise Flüchtlingsheime gebaut werden können, die danach umfunktioniert auch als Wohnungen für Familien genutzt werden können, wenn die Flüchtlingswelle abnimmt. Nur dadurch können wir die Notunterbringung der Flüchtlinge in den Turnhallen und Jugendräumen schnellstens beenden. Obendrein ist das Wohnraum für anerkannte Flüchtlinge, die ihre Familien nachholen sollen.
- d.) **Drensteinfurt** bekommt nicht nur über das Bodenmanagement beim Verkauf der Grundstücke die noch vor Jahren so willkommenen Gewinneinnahmen wieder zurück, sondern profitiert selbstverständlich auch beim Anteil an der Einkommensteuer der neuen Mitbewohner. Mit einem Satz: „*Die Finanzsituation Drensteinfurts verbessert sich ganz erheblich, die Infrastruktur kann gesichert, ausgenutzt und verbessert werden.*“
- e.) Wir schaffen eine realistische Möglichkeit zur Ansiedlung neuer Betriebe im Gewerbe- + Industriegebiet Viehfeld III für weitere Arbeitsplätze vor Ort.
- 9.) Letztendlich hat die **CDU-Fraktion** in der FJSSA-Sitzung am 19. Januar 2016 beantragt, eine **Resolution** zur Verbesserung der Flüchtlingssituation in **Drensteinfurt** an unseren Spitzenverband, den **Städte- + Gemeindebund NRW**, zu richten. Diese ist vor einigen Tagen mit den Unterschriften aller im Rat vertretenden Fraktionen auf den Weg gegangen. Ich glaube, das ist gut so und war dringend notwendig.

Nicht nur Sie, **Herr Bürgermeister**, sehen Licht am Ende des Tunnels. Ich auch und behaupte, nur der Druck der Kommunen hat dazu beigetragen, dass es

Verbesserungen gibt. Unsere gemeinsam unterschriebene Resolution „*So geht es nicht!*“ fasst die Problematik noch einmal zusammen und schildert ein Vorgehen von oben, das aller Beschreibung spottet. Apropos, *Sie sagen* Verbesserungen, das hört sich so la, la ein paar €-50 an. Hier geht es nicht um geringfügige Verbesserungen sondern um Millionenbeträge für **Drensteinfurt**, denn Fakt ist:

Als Sie, *Herr Bürgermeister*, am 09. November 2015 den Etat einbrachten, haben Sie im Produktbereich 05 hoch gepokert, als Sie unter 05-02 Leistungen für Asylbewerber 3.000.000 Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Ansatz setzten; zu diesem Zeitpunkt war überhaupt nicht klar, dass das **Land NRW** auch tatsächlich die als gerade mal auskömmlichen 10.000 € pro Flüchtling und pro Jahr an die Städte überweisen wird oder eben nur 7.500 €. Nicht klar war obendrein, ob denn die Flüchtlingszahlen zum Stichtag 01. September 2015 gelten – das wären für **Drensteinfurt** dann 211, also optimistisch geschätzte 2.110.000 € Einnahmen gewesen – oder zum Stichtag 31. 12. 2015, für den Sie die Zahl 300 hochrechneten, und eben 3 Mio. € eingesetzt wurden. Glück gehabt, dass der Druck von unten nach oben in Düsseldorf Erfolg zeigte – ansonsten wären weitere **900.000 € zum Minus von 2,8 Mio. €** allein hierbei hinzugekommen.

Nun, am 01. 01. 2016 verzeichneten wir in **Drensteinfurt** nicht hochgerechnete 300 sondern bereits 361 untergebrachte Flüchtlinge, damit müssen Einnahmen auf 3,6 Mio. € im Produkt bei analoger Erhöhung der Ausgaben steigen – darum müssten die bis dato eingesetzten Veränderungen nochmals verändert werden.

Noch einen weiteren Effekt hatte der Druck der Kommunen auf die Landesregierung und die zuständige Bezirksregierung in Arnsberg. Während zum Beispiel **Drensteinfurt** die Quote mit 108% lange erfüllte, wurden größere Städte mit nur 60 / 70-%-iger Aufnahmequote für fiktive 100 Prozent Aufnahme bezuschusst; ändern will man das trotzdem für 2016 nicht, denn diese Städte müssten sich ja auf diese fiktiven Leistungen verlassen können; man kann nur mit dem Kopf schütteln; als auch dieses publik wurde, hat man reagiert, und so werden wir zur Zeit mit weiteren Zuweisungen zumindest für Februar verschont.

Wenn man das Problem aller kleinen Kommunen mit hoher Zuweisungsquote rein fiskalisch betrachten will, muss man die Kosten der im Januar weiteren 40 zugewiesenen Asylbewerber, die uns nach dem Stichtag 01. 01. 2016 zugewiesen wurden, mit je 10.000 € Kosten = also weiteren 400.000 € Kosten in 2016 berechnen, für die aber zunächst keine Zuweisungen vom Land kommen. Man könne das erst ab 01. 01. 2017 alles Kopfgenaue abrechnen!?! Aber hallo? So etwas in Zeitalter der Digitalisierung und Vernetzung? Denn in 2016 ist selbstverständlich mit weiteren zugewiesenen Flüchtlinge zu rechnen – bei nur geschätzten 100 kommt allein in 2016 schnell die Summe von über 1 Mio. € Kosten zusammen, mit der wir für die eigentlich staatliche Aufgabe allein gelassen werden. Welche Auswirkungen das auf unseren Etat 2016 und die

Folgejahre hat, muss ich nicht lange ausmalen – ein Wort: Haushaltssicherung! Dagegen kann niemand einsparen und nutzen auch keine Steuererhöhungen. Die Pressemitteilung vom 16. 02. 2016 letzter Woche vom Städte- + Gemeindebund drückt alle Unzulänglichkeit aus und straft den Ausführungen des MdL Ali Bas von den Grünen Lügen. (Ich kann die Presseerklärung gerne ganz vorlesen) ***

Meine Damen und Herren, bei der Flüchtlingssituation in Europa, Deutschland und natürlich auch in **Drensteinfurt** darf es, bei allen Berechnungen siehe oben, aber nicht in erster Linie nur um Geld gehen. Wir sind nicht nur der Genfer Flüchtlingskommission sondern auch unserer Ethik und unserem Verständnis von Menschlichkeit nach verpflichtet, Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebiete flüchten, um ihr Leben und das ihrer Familien zu retten, die ihre Heimat verlassen müssen, Risiken auf langen Fluchtwegen mit lauernden Gefahren ob auf dem Meer oder durch fremde Länder bei widrigsten Wetterbedingungen auf sich nehmen, uns – ja, ich sage – herzlich aufzunehmen. Wir müssen diesen traumatisierten Kindern, Frauen und Männern eine menschenwürdige Unterkunft bieten, ihnen eine Integrationschance mindestens bieten.

Ich bin immer wieder beeindruckt, wie parteiübergreifend wir in **Drensteinfurt** versuchen und es schaffen, einvernehmliche Lösungen zu finden. Ich kann der Verwaltung mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, *Ihnen Herr Bürgermeister*, versichern, dass wir die enormen Leistungen sehr wohl schätzen, auch bei notgedrungen errichteten Behelfsunterkünften.

Ich darf mich bei allen ehrenamtlichen Kräften in der Betreuung der Flüchtlinge bedanken – „*Nur so geht es!*“ Nur so drängen wir Fremdenfeindlichkeit in unserer Stadt zurück. Nur so wird nicht aus einem Netzwerk ein Hetzwerk. Nur so klappt ein Stückchen Integration. Oder ist Integration von oben herab nur ein Wort, das beruhigen soll? Mich macht es nachdenklich!

Integration heißt Fördern und Fordern – das geht aber nicht nur einseitig und in eine Richtung. Ich habe manchmal das Gefühl, dass viele meinen, Integration der Flüchtlinge z. B. aus Syrien sei dann gelungen, wenn diese genau so werden, wie wir sind, und wie wir sie haben wollen. Ich möchte so gerne auch manchen alteingesessenen Mitmenschen in **Drensteinfurt** einen Integrationskurs empfehlen, damit auch sie lernen, Kultur, Religion und Familienleben der Flüchtlinge zu verstehen. *Multikulti* geht nicht ohne Regeln, geht aber gar nicht ohne Toleranz. Wer kulturelle Vielfalt wünscht und fordert, muss selbst lernen umzudenken. Oftmals hilft schon ein Lächeln, ein Gruß, ein 'Hallo!', wenn wir uns begegnen. Beim Neujahrsempfang am 24. Januar im Schulzentrum gab es einen Anfang, gab es Beispiele von Integration zumindest bei einigen Flüchtlingen. Wann schaffen denn wir unsere eigene Integration? Die Sprache Deutsch brauchen wir nicht mehr erlernen, aber wann sind wir bereit, fest zu glauben, dass neue, andere Kulturen die Gesellschaft bereichern können; wann

sind wir so weit, über **Inklusion** gegenseitig und miteinander diesem Ziel näher zu kommen?

Es steht mir nicht an, die Flüchtlingskrise in der Welt verbessern zu können. Kritik mit wenigen Sätzen kann ich mir allerdings nicht verkneifen: „Wer Aufnahmeobergrenzen fordert, muss mir sagen, was denn mit dem ersten Kriegsflüchtling über das Limit hinaus passieren soll. Grenzzäune, gar mit Waffengewalt geschützt, Flüchtlingsrouten verbaut, Flüchtlinge über lebensgefährliche Fluchtwege eingeschleust, verzweifelte Menschen zurückschicken nach Aleppo, Geld statt Flüchtlinge, unmenschliche Flüchtlingscamps in entlegensten Gebieten, das alles kann nicht die Lösung sein. Das ist Flickwerk an den Symptomen zum eigenen Zweck, das ist Hilfslosigkeit. Krisen- und Kriegsgebiete sind entstanden, weil man nicht früh genug vor Ort geholfen, lieber ganz früh mit Waffengewalt eingegriffen hat.“ Jetzt bombt man selbst Krankenhäuser und Notlazarette nieder, und die Zeitungen berichten darüber, wie über den Skandal, dass ein Trainer nach „Rotkarte“ des Schiedsrichters nicht auf die Tribüne geht, und das Fußballspiel unterbrochen wurde.

So war es in Afghanistan, so war es im Iran, so ist es immer wieder in allen Krisengebieten. Ist es nicht bezeichnend, dass die wichtigste Nachricht nach der Beseitigung des Embargos über Persien lautete: „300 Mrd. € Investitionspotential stehen jetzt wieder den Weltwirtschaftsmächten für Importe in den Iran offen!“ - Also liefern wir mal wieder Technologie und was noch? Geht es dann von vorne los?

Ein Kommentar von Michael Giese zum letzten Gipfel am Donnerstag: *„Die EU mauert sich ein – wird zur Festung ausgebaut. Ausgerechnet die Türken, der ungeliebte Beitrittskandidat, soll dafür Sorge tragen, dass Zäune und Mauern dem Ansturm der Migranten standhalte“*

Haben wir schon alles vergessen? Im Juni 1961 sagte Walter Ulbricht: *„Niemand denkt daran, eine Mauer zu errichten!“* Zwei Monate danach war Deutschland Jahrzehnte lang mit einer unmenschlichen Demarkationslinie getrennt. Wollen wir nach dem bejubelten Fall der Mauer, nach Schengen jetzt ein eingekesselt Europa? Kann man nicht endlich aus der Historie Lernprozesse einfügen gemäß: *„Für die Würde des Menschen gibt es keinen Preis und keine Grenzen!“* Lösungen müssen her, die das Wort verdienen, statt gegenseitiger Schuldzuweisungen; nicht leere Ankündigungen eines möglichen Waffenstillstandes in 2, 3, 4 Wochen, damit vorher *„strategisch“* noch schnell weiter gebombt, zerstört, Leben vernichtet werden kann. Hilfe in den Krisengebieten muss die Lösung sein – leisten wir wenigstens bei uns Hilfe und Nächstenliebe! Zeigen wir Menschlichkeit vor Ort! Lassen Sie uns gemeinsam gegen das AfD-Gegröle vorgehen (Kommentar Norbert Tiemann WN heute *„Publikumsliebliche?“*) ***

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, unser Haushaltsplan 2016 mit 24,7 Mio. € Einnahmen und 27,4 Mio. € Ausgaben ist mit über 2,7 Mio. € nicht ausgeglichen. Wir können das nicht mehr mit der Ausgleichsrücklage allein ausbügeln; nein, wir leben vom Kapitalverlust von fast 10 Mio. € bis Ende 2019. Gleichzeitig ist unser Kreditbedarf genau so groß oder größer als 10 Mille bis 2019. Das ist eine völlig ungesunde Finanzlage, die wir gemeinsam in all den Beratungen nicht annähernd heilen konnten. Sie wollen in den nächsten Wochen eine interfraktionelle Kommission bestellen, die mehr Einnahmen fördern und gewaltige Einsparungen fordern soll. Das ist richtig, wird jedoch nicht reichen.

Unser Antrag zum Bodenmanagement wird kaum vor 2017/2018 fruchten. Die nicht nur in **Drensteinfurt** angespannte Finanzlage ist eben nicht hausgemacht; unsere Bürgerinnen und Bürger zahlen mehr Steuern – nämlich über 14 Mio. € in 2016 - als je zuvor. Die schiefe Finanzlage ist auch nicht oder nur sehr bedingt der Flüchtlingskrise verschuldet. Sie liegt schlicht und einfach an der Verteilung der Verbundmasse, am **Gemeindefinanzierungsgesetz NRW** – auch schon unter Schwarz/**Gelb** wie jetzt unter **Rot/Grün**. Der Prozentsatz von 23 Punkten ist für die Kommunen nicht auskömmlich. Seit Jahren fordern wir eine erhebliche Anhebung auf 27 %, um im entferntesten das in der Verfassung verbrieftete Konnexitätsprinzip für immer weiter gestiegene und steigende Aufgaben zu erreichen.

Unser Haushalt kann obendrein nicht ausgeglichen werden, weil die Belastung durch die **Kreisumlage** höher und höher wird – 2016 = 8,4 Mio. €. Bedingt wird die erhöhte Umlage durch rasant steigende soziale Leistungen beim Landschaftsverband und erweiterte Aufgaben des Kreises selbst – beide Faktoren werden an den „**letzten in der Zahlungskette**“, an die Kommunen eins zu eins weitergereicht. Ob das immer mit dem Argument der gemeinsamen kommunalen Familie zu belegen ist, bleibt zumindest in der Höhe fraglich, wenn gleichzeitig die kreisangehörigen Gemeinden reihenweise in die Haushalssicherung hineinschliddern. Aber auch der Kreis ist in ähnlicher schiefer Finanzlage mit rapide steigenden Ausgaben und steil steigender Landschaftsumlage. Lassen wir mal das leidige Thema RWE-Aktien außen vor. Ein Generalverdacht, Landrat und der Kreistag gäben das Geld mit beiden Händen ja nur so heraus – man brauche ja nur die Kreisumlage anzuheben – ist falsch, und hat nichts mit Vertrauen in die kommunale Gemeinschaft zu tun. In Fraktionsvorsitzendenkonferenzen mit Landrat Dr. Olaf Gericke, dem Kreiskämmerer Dr. Stefan Funke, den **CDU**-Kreistagsmitgliedern ringen wir genau so hart – aber eben auch fair – um jeden Euro bei der Kreisumlage, ringen um Einsparungen wie bei unseren städtischen Etats – so ist das zumindest bei der **CDU**. Ich denke, das tun alle Fraktionen genauso.

Anders herum erwarten wir selbstverständlich Zuweisungen vom Kreis für einen bald notwendig werdenden Bau des 5. Kindergartens – zunächst eine Zweigruppeneinrichtung - in **Drensteinfurt**. Dadurch wird die Jugendamtsumlage sicherlich nicht geringer, denn Sendenhorst hat z. B.

gleichlautenden Bedarf gemeldet. Andere kreisangehörige Kommunen werden folgen.

Unser Haushaltsplan hat – Gott sei Dank – natürlich viele gute Seiten.

Gute Beispiele sind z. B. die Produkte 01-06 Baubetriebshof mit den Anschaffungen für optimale Arbeitsverhältnisse und den Bau des Baubetriebsgebäudes für 1,2 Mio. € aus einem Guss in möglichst 2016,

und es sind die bereits erwähnten Verbesserungen in 01-10 Bodenmanagement mit 1,1 Mio. € VE 2016 – Stichwort „*Wohnbauland*“.

Für den Brandschutz werden ordentliche Aufwendungen von über 500.000 € eingesetzt, obendrein insgesamt 320.000 € für ein neues Fahrzeug. Welche Aufwendungen für das neue Feuerwehrgerätehaus nötig waren, konnte jeder bei der Einweihung letzten Freitag sehen. Das ist für aktive Gefahrenvorsorge notwendig, das hilft den Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehr bei ihren nicht immer gefahrlosen Einsätzen. Danke an eine gelungene Architektur und die reibungslose Errichtung der neuer Feuerwache Drensteinfurt durch die beauftragten Firmen.

Wir leisten wie gehabt die Aufwendungen von 3,3 Mio. € für Schulen und 200.000 € für Kultur und Wissenschaft. Näher möchte ich darauf eingehen bei Aussagen zum „*Integrierten Handlungskonzept Innenstadt Drensteinfurt*“, denn das ist eng miteinander verknüpft.

Wie der Produktbereich Soziale Leistungen explodiert ist - von knapp 700.000 € in 2014 auf knapp 4 Mio. € für das laufende Jahr - ist hinlänglich erklärt. Wir stehen nicht nur für erhöhte Ansätze, sondern auch zu den notwendigen Aufstockungen für ehrenamtliche Leistungen von DAF, Caritas-Punkt, Rinkeroder Flüchtlingshilfe usw. – und eben auch zu den von uns geforderten zusätzlichen – freiwilligen - Integrationskursen.

Drensteinfurt leistet weiterhin in gewohnter Form die freiwilligen Leistungen an Vereine, Verbände und Institutionen in den Produktbereichen 06 Kinder-, Jugend- + Familienhilfe wie auch in 08 Sportförderung und in 04 für Kulturvereine.

Planung und Entwicklung fordern für Umlegung über 500.000 €, allerdings auch mit Einnahmeeffekt zukünftig z. B. über die Ausgleichszahlungen bei der gesetzlichen Umlegung der Grundstücke.

In den Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV mit über 2,3 Mio. € Ausgaben im Ergebnisplan gehören Instandhaltung unserer Straßen, Wege und Plätze und vorrangig die Sanierung von Brücken. Nach dem Bescheid aus Warendorf ist an mehreren Brücken die Tonnagenbeschränkung aufgestockt worden, so dass zumindest der Schulbusverkehr wieder an vielen Stellen normal

laufen kann.

Nicht vergessen möchte ich die Anregung der **CDU-Fraktion** an den Bürgermeister, die Möglichkeit der Bezuschussung der Planungen für die Anhebung der Bahnsteige an den Bahnhöfen **Mersch**, **Drensteinfurt** und **Rinkerode** von 80% und mehr zu prüfen, zu erwähnen. Wenn wir überhaupt die Chance haben, dass die Baumaßnahme in den nächsten Jahren verwirklicht werden kann, benötigen wir fertige Pläne in der Schublade. Ich verweise auch auf den Produktbereich 09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen mit den entsprechenden Ansätzen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, aus dem Produktbereich 12-02-01 möchte ich das **Integrierte Handlungskonzept Innenstadt** näher erwähnen und darauf hinweisen, dass sämtliche Positionen der Gesamtsumme von 4,6 Mio. € bis 2019 jeweils der Finanzkontrolle und Machbarkeit unterliegt. Das ist Abstimmungsbeschluss.

Wer aber dieses Projekt mit dem augenblicklichen Gesamtvolumen von 7 Mio. € bis 2020 schlichtweg als „**Handelskonzept**“ abtut, verkennt die Leistung bei der Bürgerbeteiligung und die eigentlichen Ziele, und er irrt, wenn er das Ergebnis als einen Wettbewerb zwischen „**Diesseits und Jenseits der Bahn**“ abstempelt. Hier geht es auch nicht vorrangig um Straßenbauerneuerungen oder ein neues Pflaster für den Marktplatz; erst recht nicht um die finanzielle Beteiligung der Anlieger; Nein! Wie wichtig zumindest die teilweise Umsetzung unseres **IHK-Drensteinfurt** ist, ist mir letzten Donnerstag noch einmal deutlich bewusst geworden.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, es ist erneut sehr, sehr schade, dass wohl niemand von der Stadtverwaltung an der Tagung „**Innenstadt 2016**“ letzte Woche Donnerstag im Fürstenberghaus zu Münster teilgenommen hat. Laut Teilnehmerliste waren 307 Interessierte aus hundert und mehr Kommunen NRW anwesend, während die **Stadt Drensteinfurt** wohl kaum Interesse hatte zu hören, zu erleben, wie wissenschaftlich und an Beispielen aufgezeigt wurde, Innenstädte attraktiver machen zu können unter dem Tagungsmotto: „**Bildung öffnet Welten – Stadt bietet Räume**“.

Der Sozialphilosoph Prof. Dr. Oskar Negt aus Hannover führte unter anderem aus: „**Der Marktplatz, die Mitte der Stadt muss der Campus für lebenslanges Lernen werden! - Schulen müssen sich für alle öffnen! - Klassenräume allein engen ein – wir brauchen Platz für Bewegung, mehr Bewegung, da wo alle sind!**“

Prof. Dr. Thomas Coelen schloss an: „**Innenstadt und Pädagogik sind die sinnvolle Erklärung für offenes Leben. In der Demographie unserer Gesellschaft bilden erstmals nicht mehr Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 25 die größte Gruppe – besonders für die muss durch Gefahr freie Innenstädte mit Bewegungsraum für alle mehr getan werden! - sondern die älteren Generationen.**“

Tatsächlich sind viele Geschäfte gewünscht, aber die machen mal nur gerade noch 25 % einer gelungenen Innenstadt aus.“

Warum finden wir Traumschiffe auf hoher See besonders attraktiv? – Die Antwort ist anders, als Sie denken. Sie lautet, weil es dort die schönsten Freizeitparks gibt! Ja – wenn das so ist, machen wir an Land wohl nicht alles richtig.

Oberbürgermeister der Stadt Münster Markus Lewe, Karl Jaspers vom Ministerium in Düsseldorf, und Ulrich Paßlich, Vorsitzender *Netzwerk Innenstadt NRW* betonten ganz besonders die Historie vor Ort. Ich dränge erneut auf die Erstellung einer wissenschaftlichen Erarbeitung einer umfassenden Chronik Drensteinfurt, Rinkerode, Walstedde! Eine Innenstadt darf nicht ihr Gesicht verlieren, sondern muss mit Kultur und Bildung, mit Gastronomie und Bewegungsraum zum Erlebnis werden. Beispiele aus Lüdenscheid, Bocholt und der „*Cultuurfabriek Ulf*“ in Holland zeigten Ansätze dazu – schilderten aber auch, wie schwierig es wird, über Visionen zu diskutieren und sie durchzusetzen, wenn immer wieder unqualifizierte Kritik lauter und lauter wird, und ein Bombardement einseitiger Leserbriefe zur angeblichen „*öffentlichen Meinung*“ mutiert. Mut ist gefragt zur weiteren Veränderung der größten Errungenschaft der Demokratie – zum sozialen Miteinander. Man muss lernen:

„Kann ich wissen? -soll ich tun? - darf ich hoffen?“

Weitere Referenten, unter anderen auch unsere ehemalige Wirtschaftsförderin Dr. Britta Obszerninks, Dezernentin bei der Stadt Hamm, rundeten die äußerst interessante Tagung in Münster bis um 17:00 Uhr auf. Deutlich wurde, dass unser *IHK Innenstadt Drensteinfurt* eben nicht über Anliegerbeiträge mitzufinanzieren ist, weil es sich um etwas völlig anderes handelt als Straßen- oder Platzerneuerungen mit Asphalt oder neuen Steinen.

Das Objekt ehemaliges „*Hotel zur Post*“ mit 2,5 Mio. € ist selbst in der Finanzplanung bis 2019 außen vor, natürlich mit dem IHK zur Förderung beantragt. Gerade vor einigen Wochen habe ich dem Bürgermeister eine andere, weitere Bezuschussungsmöglichkeit durch Bundesmittel zukommen lassen. Für beides brauchen wir bis Frühjahr/Sommer 2016 ein mit allen Bürgerinnen und Bürgern erarbeitetes Nutzungskonzept. Das ist vehement wichtig, denn die Frage nachfolgender Betriebskosten ist weitaus wichtiger als die Investition selbst.

Das Stadtbild der *Innenstadt Drensteinfurt* hat sich zwei Mal wesentlich verändert . Beide Male waren grausam:

- 1.) beim Bombenangriff auf unsere Stadt im 2. Weltkrieg 1946 / 1947, ein Drittel der Häuser zerstört.

2.) bei der Stadtsanierung der 60-er + 70-er Jahre des vorigen Jahrhunderts, als wertvolle Bausubstanz rechts und links der Durchgangsstraße reihenweise per Abbruch verschwanden nach der Devise: „*Wir machen den Weg frei!*“. Denkmalschutz kannte man noch nicht.

Sollen wir durch den Abriss des Gebäudes „*Hotel zur Post*“ ins Antlitz Stewwerts eine weitere Kerbe schlagen? Oder ist es nicht besser, wir kreieren ein Nutzungskonzept für dieses Denkmal, was genau den Zielen unseres IHK und der Historie dieses Gebäudes entspricht. Nutzen wir mit aller Kraft jede Möglichkeit, aus den noch vorhandenen Qualitäten und Potentialen für unsere Innenstadt das zu verwirklichen, was uns *Netzwerk Innenstadt* aufzeigt. „*Bildung öffnet Welten – Stadt bietet Räume*“ - Innenstadt wird durch Bildung, Kultur, Gastronomie, Bewegungsfreiheit, Inklusion – ja auch durch Einzelhandel – wieder zum Erlebnis.

Verehrte Zuhörer, wir sind für Umwelt- und Klimaschutz, wir sind für die Energiewende. Auf der einen Seite erwarte ich für die SBUA-Sitzung am 29. Februar weitere Informationen zur Windkraft. Andere Städte wie Beckum steigen aus Flächennutzungsplanänderungen aus. Wir stehen vor der wichtigen Entscheidung: Wollen wir weiter Einfluss nehmen auf Planungsregelungen der Windenergie in *Drensteinfurt*, müssen wir vorankommen und die ASP II flächendeckend einleiten. Selbst dann muss jeder wissen, gibt es vor Mitte 2017 kein Planungsrecht. Ist es besser – siehe Beckum – dem Vorgehen der Bezirksregierung zu folgen, keine weiteren Windzonen im Flächennutzungsplan gemäß des Regionalplanes für *Drensteinfurt* auszuweisen? Oder ist es drittens richtig, beim bestehenden rechtskräftigen Flächennutzungsplan mit Windkonzentrationsflächen begrenzt auf 100 Meter Höhe zu bleiben, und geht das überhaupt rechtlich?

Als zweites erwarte ich ein konsequentes *gemeinsames Nein* auch weiterhin gegen Fracking und Förderung der unkonventionellen Gasvorkommen unter uns.

Meine Damen und Herren, der Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft ist für mich immer der angenehmste Bereich, – den studiere ich immer mehrmals - denn - hier einzig und allein - gibt es zwischen Einnahmen und Ausgaben ein Plus, in 2016 von über 7 Mio. €.

Dieses warme Gefühl verlässt mich jedoch schnell wieder beim Zurückblättern zu den Seiten der Gesamtpläne. Im Ergebnisplan regen mich die verflixten Minuszeichen vor hohen Zahlen der Jahresergebnisse auf.

Beim Finanzplan sind es die enormen Aufnahmen von Krediten und das Schmelzen wie Schnee vor der Sonne bei den liquiden Mitteln von über 10 Mio. € bis hin zu nahezu 0 € in 2019.

Es bleibt bei meiner Aussage aus 2015: *Wir leben über unsere Finanzverhältnisse*,

und darum müssen wir gegensteuern. Das haben wir im Rahmen des Möglichen mit unseren Anträgen versucht. Weiteres muss die Sparkommission in den folgenden Monaten für den Etat 2017 erarbeiten. Und als drittes brauchen wir – unisono alle Kommunen – mehr Geld aus der Verbundmasse vom Land; hier hoffe ich auf die kommunale Familie und Einigung über alle Parteigrenzen hinweg, Druck auf Bund und Land auszuüben. Auch unsere Abgeordneten in Düsseldorf und Berlin wollen wiedergewählt werden.

Meine Damen und Herren gerade die große Einigkeit bei den diesjährigen Etatberatungen, die großen Mehrheiten bei den Abstimmungen unserer Anträge lässt mich hoffen, dass wir gemeinsam die wichtigen 5 Grundforderungen als Ziele - zu Beginn meiner Rede - wieder erreichen:

Einen solide ausgeglichenen Haushalt mit möglichst geringen Kreditschulden und ohne Kapitalverlust!

Eine ausgewogene und nachhaltige Infrastruktur für alle Bürgerinnen und Bürger!

Eine behutsam wachsende Stadt mit Wohnbaumöglichkeiten und Industrieerweiterung!

Schaffung möglichst dezentraler und menschenwürdiger Wohnungen für der zu uns gelangten Flüchtlinge! - ihnen eine neue Heimat ermöglichen!!!

Eine umweltbewusste Energiewende vor Ort mit Photovoltaik- und verträglichen Windkraftanlagen; keine Förderung der unkonventionellen Gasvorkommen unter uns ob mit oder ohne Fracking! Erhaltung der „*Drensteinfurter Platte*“ in der „*Parklandschaft Münsterland*“!

Unter diesen Bedingungen stimmt die *CDU-Fraktion* diesem von uns veränderten Haushalt 2016 zu.

„Wer weiß, was er nicht mehr hat, muss anfangen, zu verbessern und Verlorenes zurück zu gewinnen! Auf zur Tat!“

Ich darf mich für die Begleitung der Beratungen in der *CDU-Fraktionsklausurtagung*, den weiteren *CDU-Fraktionssitzungen* und den Ausschüssen bei Ihnen *Herr Ingo Herbst*, *Herr Bürgermeister Carsten Grawunder* und *der Verwaltung* bedanken. *Ihnen allen* hier in der Alten Post gilt mein Dank des geduldigen Zuhörens. – Danke!

Heinrich Töns

Vorsitzender der *CDU-Fraktion* im *Rat der Stadt Drensteinfurt*

Redezeit: circa 15 Minuten